



Radikale Veränderungen für eine integrale Ökologie

Bericht über die Französischen Sozialwochen (24.–26.11.2023) in Lyon

Ein weit gefächertes Programm an wissenschaftlichen Vorträgen, persönlichen Erfahrungsberichten, Vorstellung lokaler Initiativen und politischen Diskussionen erwartete die ca. 1500 Teilnehmer:innen (vor Ort und online) in der Stadt, in der – neben Lille – die Wiege der Französischen Sozialwochen stand. Ebenso weit gesteckt war das Ziel der Tagung: Was kann getan werden, um eine ökologisch nachhaltige Zukunft zu sichern? Mit welchen Mitteln? Auf welchen Handlungsebenen? Darauf galt es Antworten zu finden, radikale Antworten. Meditationen zu *Laudato si'* und *Laudate Deum* vertieften die einzelnen Reflexionsschritte und bildeten einen roten Faden bei der Suche nach diesen Antworten.

Radikalität ja, aber welche?

Dass am Ernst der Situation vernünftiger Weise kein Zweifel bestehen kann, legte zu Beginn der Klimaforscher Gerhard Krinner vom renommierten *Centre National de Recherches Scientifiques (CNRS)* dar. Am Beispiel der Erderwärmung veranschaulichte er, dass ein „Weiter so“ nicht mehr möglich ist. Wenn ein radikales Umsteuern nötig ist, stellt sich die Frage: Was

heißt in diesem Zusammenhang Radikalität? An ihr entzündete sich ein erster Debattenschwerpunkt. Radikal und Radikalismus sind keine Begriffe des christlich-sozialen Denkens. Immerhin sprach Franziskus in *Laudate Deum* von einem „gesunden Druck“, der gerechtfertigt sei, um notwendige Veränderungen herbeizuführen. Macht die häufig erfahrene Ineffizienz oder Indifferenz politischer Institutionen nicht auch gewaltsamen Protest nötig? Wo liegt die Grenze zwischen gewaltlos und Gewalt? Je nach politischem Standort fielen die Antworten unterschiedlich aus.

Nach dem Urteil der Philosophin Juliette Grange verfügen die Demokratien über die politischen Mittel, um die Herausforderung der Klimakrise zu bestehen, aber es braucht auch den zivilgesellschaftlichen Druck. Die Gefahren für die Demokratie durch Extremismen jeglicher Art dürfe man nicht übersehen. Sowohl von der extremen Rechten wie von der extremen Linken werde das Thema Ökologie für eigene Zwecke instrumentalisiert.

Wo liegt die Lösung?

Ein weiterer Debattenschwerpunkt befasste sich mit der Rolle der Einzelnen, der Unternehmen, der staatlichen Stellen. Genügt es, wenn jede Person ihr Verhalten ändert? Vor einer solch allzu einfachen Lösung warnte die Soziologin Sophie Dubuisson-Quellier, Mitglied des *Nationalen Klimarates*. Denn das individuelle Verhalten sei stets von sozialen Rahmenbedingungen abhängig. Es gelte, der Komplexität der notwendigen Veränderungen Rechnung zu tragen. Dazu zähle nicht zuletzt das Risiko sozialer Verwerfungen. Bei den Protesten der Gelbwesten, ausgelöst durch eine Benzinpreiserhöhung aufgrund einer CO₂-Steuer, habe Frankreich dies leidvoll erfahren. Laut Dubuisson-Quellier ist ein Kulturwandel erforderlich. Die Konsumgesellschaft als solche blockiere den ökologischen Wandel. Jeder Einzelne sei hier vor seiner persönliche Verantwortung gestellt.

Die Institutionen – Hemmschuh oder treibende Kraft?

Die Rolle der Institutionen war Gegenstand einer lebhaften Diskussion zwischen dem Gouverneur der Fran-



zösischen Zentralbank, François Villeroy de Galhau, einem Politiker aus dem „Stall“ der Französischen Sozialwochen, und der grünen Europaabgeordneten Lucile Schmid, Ko-Präsidentin des Thinktanks La Fabrique écologique. Während Villeroy de Galhau für eine realistische Herangehensweise warb (CO₂-Bepreisung, grüne Investments, Berücksichtigung von Klimarisiken ...), verwies Schmid auf die Kluft zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und der Realität. Ziviler Ungehorsam sei die logische Folge staatlicher Untätigkeit. Es mangle an der Bereitschaft zu einer ambitionierten Umweltpolitik – im Gegensatz zu den Erwartungen der Bürger.

Villeroy de Galhau hob dagegen lobend das Beispiel der EU hervor. Mit dem Green Deal seien nicht nur die Weichen in die richtige Richtung gestellt, sondern bereits konkrete Erfolge erzielt worden. Nicht Null-Wachstum, sondern die Konversion des Wachstums sichere die Zukunft. In seinen Augen hat Europa die historische Mission, nach der sozialen Marktwirtschaft die ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu erfinden.

Bringen innovative Technologien die Lösung?

Ein Panel hochkarätiger Fachleute aus den Bereichen Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft und Wissenschaft stellte technische Innovationen vor, die nachhaltige Produkte, umweltgerechte Dienstleistungen und klimafreundliche Lösungen auf zahlreichen Gebieten fördern können. Das Problem ist die Umsetzung in die Praxis. Auf der experimentellen Ebene zum Beispiel sei die Landwirtschaft weit fortgeschritten, betonte der Präsident des *Nationalen Forschungsinstituts für die Landwirtschaft INRAE*, aber die Umstellung auf andere Produktionsweisen stelle Landwirte vor erhebliche, nicht zuletzt finanzielle Probleme. Gleiches gelte für

den Umstieg vom individuellen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel. Ökologisch sinnvolle Innovationen können neue soziale Ungleichheiten schaffen.

„Alles ist miteinander verbunden“

Aus einem philosophischen Blickwinkel beleuchtete Jean-Philippe Pierron, Lehrbeauftragter an der Universität der Bourgogne, die Thematik. Müssen wir unseren Begriff von „Leben“, unser Verständnis vom Menschen erweitern? Pascal nannte den Menschen ein denkendes Schilfrohr (*roseau pensant*). Die moderne Sicht des Menschen betont sein vielfältiges Eingebundensein nicht zuletzt in die Natur, sieht in ihm gleichsam ein „réseau (Netzwerk) pensant“. Für Pierron bestand kein Zweifel, dass der Weg zur ökologischen Erneuerung über die Erkenntnis und Anerkennung der Verbundenheit des Menschen mit und seiner Abhängigkeit von allem Lebendigen führt. Wer das leugne, laufe Gefahr, das Lebendige in sich auszulöschen. Anklänge an die Spiritualität von *Laudato si'* waren unüberhörbar. Die *Hymne an die Schöpfung* von Eric Sander, eine Dia-Show über die Schönheit der Schöpfung, war mehr als eine unterhaltsame Abendveranstaltung.

Den Armen das Wort geben

Die Armen sind die ersten Opfer des Klimawandels und gleichzeitig am wenigsten für ihn verantwortlich. Im Vergleich zu bessergestellten Bevölkerungsschichten können sie sich nicht vor Belastungen durch die Umwelt schützen. Ihr ökologischer Fußabdruck ist um ein Vielfaches geringer als der der Reichen. Das gilt sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch auf der internationalen Ebene. Aber sie kommen in unseren Debatten nicht vor. Wir müssen den Armen das Wort geben, forderte der Theologe Frédéric-Marie Le Mé-

hauté. Ausgehend von ihrer Situation, lässt sich die anthropologische Krise verstehen, die der Klimakrise zugrunde liegt. Die Armen machen die Grenzen unseres Wirtschaftsmodells deutlich, einer Rationalität, die totalitär geworden ist. Unsere Projekte müssen bei den Armen ansetzen, damit es ihre Projekte werden. Wir müssen lernen, ihnen zuzuhören, ja es braucht auch Institutionen, die verstehen zuzuhören. Wohnungslose aus der Kommunität *SAPÉL* in Lyon, die sich mit dem Schöpfungsbericht auseinandergesetzt hatten, brachten in selbst gemalten Bildern und bewegenden Statements ihr Leben zur Sprache.

Mut machende Beispiele

Es gibt engagierte Akteure auf allen Ebenen. Das zeigte ein Panel mit Lucie Pinson, der Gründerin von *Reclaim Finance*, einer NGO, die gegen die Finanzierung neuer fossiler Energie-Projekte durch die großen Banken kämpft – gemeinsam mit Sophie Robert-Velut, der Generaldirektorin des weltweit operierenden Pharma- und Kosmetikunternehmens *Laboratoires Expanscience*, das mit Rücksicht auf die Umweltbelastung ihr Business-Modell auf Null-Wachstum umgestellt hat. Weitere Teilnehmer waren der Gründer eines Vereins, der Information, Beratung und Begleitung für Personen anbietet, die sich aufgrund ihrer ökologischen Überzeugung beruflich neu orientieren oder eine Firma bzw. ein Projekt gründen wollen, sowie Bruno Bernard, direkt gewählter Präsident der Metropolregion Lyon, in der vor wenigen Jahren die gesamte Wasserversorgung auf eine neue, den natürlichen Wasserkreislauf nutzende Grundlage umgestellt wurde. Fazit: Auf all diesen Gebieten – Zivilgesellschaft, Unternehmen, politische Instanzen – ist man noch weit entfernt von dem Notwendigen, aber es gibt auch nennenswerte Fortschritte.



Klimapolitik, soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität

Dieses offensichtliche Spannungsverhältnis war Gegenstand zahlreicher Beiträge. Innerstaatlich geht es um die Frage der gerechten Lastenverteilung zwischen bessergestellten und einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen. Die aktuelle Politik der französischen Regierung auf diesem Gebiet legte ein Regierungsvertreter dar. Mit der globalen Dimension der Thematik befasste sich ein Panel mit einer Forscherin zur Rolle des Klimawandels als Ursache internationaler Konflikte, einer Mitarbeiterin des *Katholischen Komitees gegen Hunger und für Entwicklung* sowie die Präsidentin der *Stiftung Ju-*

gendrat Kamerun. Drei Tatsachen wurden dabei unterstrichen: In vielen Teilen der Welt wirkt der Klimawandel wie ein Beschleuniger von Konflikten; in zahlreichen Ländern der Welt leidet die Bevölkerung bereits jetzt und real unter den Schäden, die er verursacht; ohne dass Staaten und multinationale Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden, lassen sich keine Fortschritte erzielen.

Die Französischen Sozialwochen: demokratisch, kulturell, spirituell

Zum Abschluss der Tagung verpflichtete die Präsidentin, Isabelle de Gaulmyn, die Französischen Sozialwochen zum

Handeln auf drei Ebenen: auf der Ebene demokratischer Politik, von den Kommunen und lokalen Initiativen bis zu den nationalen Instanzen; auf der Ebene der Kultur, um Rahmenbedingungen der Konsumgesellschaft zu verändern, und auf der spirituellen Ebene, um eine neue Beziehung zu allem Lebendigen zu finden, wofür gerade junge Menschen aufgeschlossen seien. Unter dem Beifall im Saal berichtete sie von einem Vorschlag, die Französischen Sozialwochen in ökologisch-soziale Wochen umzubenennen.

*Wilhelm Rauscher,
Freiburg im Breisgau*